

teure zu schwächen. Der wichtigste Beitrag zum Friedenskampf ist deshalb für jeden Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik zur Zeit nächst Kräfte dazu beizutragen, die Produktion zu heben und die Durchführung dieses Fünfjahresplanes, dieses Friedensplanes für das ganze deutsche Volk, sicherzustellen.

Schon haben breite Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands erkannt, was gespielt wird. Sie protestieren gegen die Remilitarisierung und die Angriffspläne der Kriegshetzer. Die Front des Friedens wächst und erstarkt. Und sie wird unüberwindlich werden, wenn es uns gelingt, und es wird uns gelingen, alle Kräfte im Kampf um die Einheit Deutschlands und den Frieden zu mobilisieren. (Beifall.)

Vizepräsident Hans Marschall:

Als nächster hat das Wort der Herr Abg. Freitag von der CDU.

Abg. Otto Freitag (CDU):

Meine Damen und Herren!

Immer wieder haben wir festzustellen, daß der planmäßige Bruch und die Verletzung des Potsdamer Abkommens durch die alliierten Westmächte bisher die Lösung der deutschen Fragen auf einem friedlichen Wege verhindert haben. Damit haben die alliierten Westmächte, voran der amerikanische Imperialismus, immer wieder gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, zu den selbst eingegangenen Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens zu stehen. Und so haben wir jetzt festzustellen, daß 5½ Jahre nach Abschluß des zweiten Weltkrieges für das deutsche Volk noch immer nicht die Einheit, ein gesamtdeutscher Friedensvertrag und damit die Souveränität des deutschen Volkes hergestellt worden sind.

Wir haben also die alliierten Westmächte anzuklagen, daß sie bewußt vom Weg von Potsdam abgewichen sind und damit auch die geschichtliche Verantwortung dafür übernehmen, wenn heute noch ein friedloses Deutschland besteht und damit auch der Frieden der Welt zunächst ungesichert bleibt. Wir fordern deshalb in Übereinstimmung mit dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und in Übereinstimmung mit den geschichtlich bedeutungsvollen Beschlüssen und Erklärungen der Prager Außenministerkonferenz, daß nunmehr der aufgezeigte Weg für die friedliche Lösung der Deutschlandfrage beschritten wird. Die Außenministerkonferenz in Prag hat mit aller Deutlichkeit aufgezeigt, daß dieser friedliche Weg gegangen werden kann, wenn der gute Wille auf der anderen Seite der westalliierten Mächte vorhanden ist.

Wir hier in der Deutschen Demokratischen Republik sind seit Jahren bewußt auf diesem Weg gegangen und haben immer wieder die Hand geboten und alle Möglichkeiten erschöpft, um dem deutschen Volk die Wiederherstellung seiner Einheit und den Frieden zu sichern. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist von der Sicherung und Erhaltung des Friedens nicht abzutrennen, und umgekehrt kann auch das deutsche Volk nur in seiner wiederhergestellten Einheit der Sicherungsfaktor für die Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt bleiben.

Die Christlich-Demokratische Union hat sich seit Jahren bewußt in diesem Kampf und in dem Ringen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit eingesetzt. Wenn jetzt die Außenministerkonferenz in Prag nicht nur den Weg, sondern auch die praktischen Mittel aufgezeigt hat, um zu einer friedlichen Lösung des deutschen Problems zu gelangen, so ist jetzt die entscheidende Frage, einmal an die verantwortlichen westdeutschen Politiker und vor allem auch an die alliierten Westmächte gestellt,

ob sie bereit sind, die nunmehr dargebotene Hand für die Beschreitung dieses friedlichen Weges zu ergreifen. Es ist ein weitgehender Beschluß vorgeschlagen, daß nunmehr ein gesamtdeutscher konstituierender Rat in paritätischer Zusammensetzung gebildet wird und daß dieser gesamtdeutsche konstituierende Rat dann die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation für den zu schaffenden Friedensvertrag durchführen soll.

Außenminister Dertinger von meiner Partei hat nach seiner Rückkehr von der Prager Außenministerkonferenz mit aller Klarheit aufgezeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nun die Pflicht und die geschichtliche Aufgabe und Verantwortung hat, diesen Weg, der von Prag aufgezeigt ist, zu beschreiten. Somit liegt jetzt die Antwort allein auf der anderen Seite. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, auch im Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, daß eine Remilitarisierung Westdeutschlands verhütet werden muß, da damit der Frieden und vor allen Dingen die Wiederherstellung der deutschen Einheit für die Zukunft aufs allerschwerste gefährdet wird. Deshalb auch die geschichtlich bedeutungsvolle und staatsmännische Frage an die verantwortlichen Leiter der alliierten Westmächte, ob sie gewillt sind, die Erklärung abzugeben, daß nunmehr die Remilitarisierung Westdeutschlands nach den klaren Verpflichtungen im Potsdamer Abkommen unterbleibt.

So, meine Damen und Herren, werden wir, als Christlich-Demokratische Union, die sich seit Jahren immer für die Wiederherstellung der deutschen Einheit unermüdlich und kompromißlos eingesetzt hat, auch weiterhin in dem aktiven Kampf stehen, um die Einheit Deutschlands zu sichern. Wir sind der Auffassung, daß nunmehr das gesamte deutsche Volk mobilisiert werden muß, wie es auch Außenminister Dertinger aufzeigte, um hier den gesamtdeutschen Willen zu manifestieren. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß nicht nur wir deutschen Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch im Westen Deutschlands, also die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, die Remilitarisierung des Westens als höchste Gefahr für den Ausbruch eines neuen Krieges ablehnen.

In diesem Sinne werden wir, als Christlich-Demokratische Union, wie wir bisher mit in der ersten Reihe gestanden sind, für die Durchsetzung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auch weiterhin unsere Aufgabe darin erblicken, daß wir für diese geschichtlich verantwortungsvolle Aufgabe, die gestellt wurde, für uns jetzt das Recht in Anspruch nehmen können, für das gesamte deutsche Volk zu sprechen. Denn die Beschlüsse und Erklärungen der Prager Außenministerkonferenz sind so klar für die gegebene weltpolitische und geschichtliche Lage unseres Volkes und der ganzen Welt, daß daran nicht gerüttelt werden kann. Wir werden also diesen Kampf um die Sicherung und Erhaltung des Friedens und damit überhaupt erst die mögliche Herbeiführung der friedlichen Lösung des deutschen Problems fortsetzen.

In diesem Sinne habe ich für die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union die Erklärung abzugeben, daß wir aufrichtig und aus vollem Herzen diesem Entschließungsantrag aller Parteien dieses Hauses zustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hans Marschall (LDP):

Meine Damen und Herren!

In diesem Entschließungsantrag scheinen mir drei Gesichtspunkte besonders wesentlich zu sein: 1. die Erhaltung des Friedens, 2. die Einheit Deutschlands und 3. — das ist mir das Allerwesentlichste — die Verbreitung